

Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. Mai 1955

274/A, B,
zu 263/J

Anfragebeantwortung

Auf die Anfrage der Abg. Dr. P f e i f e r und Genossen vom 16. Feber 1955, betreffend die Einbringung von Regierungsvorlagen über die Führung ständiger Wählerverzeichnisse sowie über das Verfahren bei Volksbegehren, gibt Bundeskanzler Ing. R a a b bekannt, dass die Bundesregierung in ihrer Sitzung vom 19.April 1955 beschlossen hat, die Gesetzentwürfe, betreffend das Stimmlistengesetz, Volksbegehrengesetz und Volksabstimmungsgesetz sowie eine Novelle zur Nationalrats-Wahlordnung und eine Novelle zum Bundesgesetz über die Wahl des Bundespräsidenten, als Regierungsvorlagen den gesetzgebenden Körperschaften zuzumitteln.

.....